



Wer darf als Nächstes in das Hauptimpfzentrum Allmend auf der Messe Luzern?

ENNIO LEANZA/KEYSTONE

Junge zuerst – bei der Impfstrategie umdenken

Nicht nur der Impfpass, auch die Impfreiheitenfolge führt zu Ungleichbehandlung: Wer darf im Sommer reisen und sich frei bewegen? Junge Menschen sollten prioritär an der Reihe sein. Gastkommentar von Andrea Büchler und Jean-Daniel Strub

Die Frage der ungleichen Behandlung geimpfter und nicht geimpfter Personen bewegt die Gemüter. Zu Recht. Denn wo immer Ungleichbehandlungen zugelassen werden, steht in ethischer Hinsicht viel auf dem Spiel. Dabei geht es freilich nicht nur um den Zugang zu Gastronomie und Kultur. Sondern auch um die Einsicht, dass man grundlegende Rechte von Personen, die keine potenzielle Gefahr für andere mehr darstellen, nicht mehr länger einschränken darf.

Doch droht darob eine mindestens ebenso bedeutsame ungleiche Behandlung, die unvermeidlich mit der fortschreitenden Impfkampagne einhergeht, vergessen zu gehen: die Impfreiheitenfolge. Die Frage, wann jemand die Impfung erhält, entscheidet letztlich darüber, ob bestimmte Freiheiten zu einem früheren oder einem späteren Zeitpunkt zugänglich werden. Wie es scheint, hängt dabei alles davon ab, in welchem Kanton wir wohnen – und welches Alter wir haben. Je älter, desto rascher sind wir geimpft. Das sieht auch die nationale Impfstrategie so vor: Sie hält fest, dass bei genügend verfügbarem Impfstoff «eine Stratifikation gemäss altersbedingtem Risiko in absteigenden Altersgruppen (z. B. 64–55, 54–45, 44–35 Jahre) in Erwägung gezogen werden» kann.

Mit Recht kritisieren gerade jüngere Menschen den nun eingeschlagenen Weg. Ihnen bleibt auf absehbare Zeit nur die Möglichkeit, sich Erkrankungsrisiken auszusetzen – oder sich weiter stark einzuschränken. Dabei bestünde die naheliegende Lösung darin, die Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen nun zuerst zum Impfen zuzulassen. Dies wäre jedenfalls in den Kantonen, die noch keine Impftermine für unter 65-Jährige freigeschaltet haben, weiterhin möglich. Denn in der Tat wiegen die bestehenden Massnahmen für jüngere Menschen besonders schwer, weil sie Ausbildungen nur eingeschränkt absolvieren können, weil sie weit weniger identitätsbildende Begegnungen haben können und weil sie auf Reisen verzichten müssen, die in einer Normalbiografie häufig nur in den prägenden Jahren zwischen 18 und 25 Jahren möglich sind.

Es ist diese Bevölkerungsgruppe, die seit März 2020 ohne signifikantes eigenes Gesundheitsrisiko überaus weitreichende Opfer zugunsten der Gesamtbevölkerung und der Risikogruppen erbracht hat. Nun verlangt man von ihr abermals Opfer: nämlich nicht nur länger als andere auf die Impfung zu warten, sondern auch bewusst einem höheren Erkrankungsrisiko ausgesetzt zu werden. Denn ab einer bestimmten Durchimpfungsrate in der Gesamtbevölkerung sollen künftig höhere Fallzahlen in Kauf genommen werden. Das bedeutet: mehr erkrankte junge Menschen, ist es doch für diese Gruppe besonders wahrscheinlich, sich – etwa im Freizeitbereich – in Situationen mit höherer Risikoposition wiederzufinden.

Es ist richtig, dass die medizinisch definierten Risikogruppen gemäss geltender Impfstrategie prioritären Zugang zur Impfung erhalten. Daran ist nicht zu rütteln. Sollte sich zeigen, dass die dominanten Mutationen zu höheren Risiken für Personen in Altersgruppen führen, die bisher nicht zu den Risikogruppen gehörten, wäre dies im Sinne der Impfstrategie selbstverständlich zu be-

Gelebte Solidarität wäre, es den jüngeren Generationen zu gönnen, dass sie gewisse Freiheiten etwas früher als andere wiedererlangen.

rücksichtigen. Diesen Altersgruppen wäre Priorität einzuräumen. Doch scheint es derzeit eben gerade nicht zwingend zu sein, das Alterskriterium nach absteigendem Alter zu interpretieren. Vielmehr kann ein priorisierter Impfungszugang für die jüngste «impffähige» Altersgruppe in Betracht gezogen werden. Denn es ist klar: Im Inland mögen die Bewegungsfreiheiten für uns alle immer weniger eingeschränkt sein – im grenzüberschreitenden Verkehr werden sie weitherum an eine Impfung geknüpft bleiben.

Und die Impfung gewinnt für junge Erwachsene nun zusätzlich an Bedeutung, weil nur sie es ihnen erlauben wird, Ausbildungsstätten und Freizeiteinrichtungen besuchen zu können. Denn die PCR-Tests, die ihnen eine theoretische Alternative zum Impfen eröffnen, sind nicht für alle einfach so erschwänglich. Im Minimum sollte daher die öffentliche Hand deren Kosten übernehmen.

Es kann als gelebte Solidarität begriffen werden, es den jüngeren Generationen grosszügig zu gönnen, dass sie dank der Impfung gewisse Freiheiten etwas früher als andere wiedererlangen. Nicht zuletzt ist die Immunisierung der jüngeren Menschen aber auch aus einer Public-Health-Perspektive bedeutsam, denn offenkundig zirkuliert das Virus unter ihnen besonders stark und kann sich entsprechend stets weiterverbreiten beziehungsweise in der Gesellschaft erhalten.

Eine Priorisierung liesse sich übrigens auch für Lehrkräfte und Schulpersonal begründen: Sie leisten auf allen Stufen einen entscheidenden Beitrag dazu, dass Schulen sowie Betreuungs- und Beschäftigungsstrukturen offen bleiben können. Ihrem Schutz kommt somit für die Zielsetzung, den Belastungen der jüngeren Altersgruppen entgegenzutreten, zentrale Bedeutung zu.

Andrea Büchler ist Rechtsprofessorin an der Universität Zürich und Präsidentin der Nationalen Ethikkommission (NEK); Jean-Daniel Strub ist Teil der Geschäftsführung der NEK und Co-Geschäftsführer von Ethix – Lab für Innovationsethik in Zürich.

Die neue Administration der USA hat die harte Gangart von Donald Trump gegenüber China fortgesetzt. Es kann wenig Zweifel daran bestehen, dass die jüngsten EU-Sanktionen gegen China auf Betreiben der USA zustande gekommen sind und den Zweck verfolgen, transatlantische Geschlossenheit zu demonstrieren. Nun wundert sich die EU, dass China mit Gegenmassnahmen reagiert. Was hat man erwartet?

Glaubt die EU wirklich, dass sich die Lage der Uiguren verbessert, wenn sie Sanktionen über China verhängt? Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Druck erzeugt Gegendruck. Richtig bleibt hingegen der Ansatz des «Wandels durch Handel». Er wird zunehmend in der öffentlichen Diskussion diskreditiert, obwohl er in der Vergangenheit, gerade in China, sehr erfolgreich war.

Gemeinsam mit China

Wer China wirklich kennt, weiss, dass sich das Land in den vergangenen vierzig Jahren epochal geändert hat – und zwar zum nachweislichen Nutzen seiner 1,4 Milliarden Menschen und der ganzen Welt. In chinesischen Megacities ist das Leben kaum noch von dem in westlichen Metropolen zu unterscheiden. Die wirtschaftliche Armut der Mao-Zeit ist verschwunden. Das durchschnittliche Einkommen pro Kopf der Bevölkerung ist um mehr als das Hundertfache gestiegen.

Das ist ein Erfolg in der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der letzten Jahrhunderte. Es ist die Kombination von Öffnung sowie internationaler Zusammenarbeit und einer weitsichtigen Wirtschaftspolitik Chinas, die zu diesem Ergebnis geführt hat.

Alle grossen Fragen der Welt kann die Weltgemeinschaft nur gemeinsam mit China lösen. So müssen wir, bei allen Meinungsverschiedenheiten und Unterschieden, sorgfältig abwägen. Doch die EU lässt die Spannungen eskalieren und tritt

Fragwürdige EU-Sanktionen gegen China

Die EU möchte die Lage der Uiguren verbessern, indem sie Sanktionen über China verhängt. Das ist der falsche Weg. Die EU sollte Chinas Aufstieg als Bereicherung begreifen und konstruktive Arrangements mit dem Land fördern. Gastkommentar von Rolf D. Cremer und Horst Löchel

in die Fussstapfen von Donald Trumps Abkoppelungsvision.

Die Sanktionen führen nicht nur nicht zu Fortschritten für die Uiguren. Sie haben darüber hinaus negative wirtschaftliche Konsequenzen, auch in und für Europa. Dabei geht es nicht nur um Unternehmensprofite, wie es immer wieder abfällig von jenen unterstellt wird, die für sich in Anspruch nehmen, das einzig Gute hochzuhalten. Tatsächlich geht es um Millionen von Arbeitsplätzen, Einkommen und Versorgung in der EU.

Wir können nicht einerseits unseren Wohlstand mit China steigern wollen und gleichzeitig das Land

immer wieder an den Pranger stellen und Ressentiments schüren.

Es verwundert in dieser Hinsicht, dass Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen der Welt für die EU keine oder kaum eine Rolle spielen. Warum fixiert man sich immer wieder auf China? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Weil nämlich China unser politisches System nicht teilt, aber trotzdem wirtschaftlich und sozial erfolgreich ist? Oder weil China uns sein autoritäres politisches System aufzwingen will, obwohl davon eigentlich keine Rede sein kann? Eher ist das Gegenteil der Fall.

Die EU-Sanktionen berufen sich auch auf das Konzept der westlichen Wertegemeinschaft. Wenn es allerdings auf andere Kulturen mit einem anderen Verständnis von Geschichte sowie von der Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft übergreift, ist dieses Konzept aus historischer Perspektive durchaus fragwürdig. Wir haben ein gutes institutionelles und politisches System für unsere Gesellschaften, für unsere Probleme und für unsere Zeit.

Aber glauben wir wirklich, das bessere System für alle Gesellschaften zu haben? Europa und die USA machen mittlerweile nicht einmal zehn Prozent der Weltbevölkerung aus, und «der Westen» bildet nur rund ein Drittel der Weltwirtschaft.

Herausforderungen meistern

Der wirtschaftliche, politische und militärische Aufstieg Chinas zur Supermacht ist insbesondere eine Herausforderung für die USA, nicht für die EU. Wir in der EU sollten Chinas Aufstieg als wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung begreifen, so wie wir auch das Zusammenleben mit den USA positiv gestalten.

Dass es dabei immer wieder zu wirtschaftlichen und politischen Konflikten kommt, bleibt nicht aus. Seit Jahrzehnten arrangieren wir uns mit den USA und ihren für uns manchmal schwierigen Positionen; man denke an den Irakkrieg, an Nord Stream 2 oder die mit der Iranpolitik der USA verbundenen Sanktionen gegen europäische Unternehmen. Im Gegensatz dazu sind die gegenwärtigen EU-Sanktionen nicht geeignet, um konstruktive Arrangements mit China zu fördern.

Rolf D. Cremer war Professor, Dekan und Vizepräsident der China Europe International Business School (CEIBS) in Schanghai; Horst Löchel ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Frankfurt School of Finance & Management und Leiter des Sino-German Center.